

Paibacher Zeitung.

Nr. 281.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.
fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Aufstellung ins Haus
halbj. 50 fr. Mit der Post ganz. fl. 15, halbj. 7-50.

Dienstag, 7. Dezember.

Insertionsgebühr: Für kleine Anzeigen bis zu
4 Zeilen 25 fr., größere per Seite 8 fr.; bei älteren
Wiederholungen per Seite 3 fr.

1880.

Des h. Feiertages wegen erscheint die nächste
Nummer Donnerstag, den 9. Dezember.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Dezember d. J. über Antrag des Ministers des kais. Hauses und des Neufers allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Sectionschef, Kämmerer Benjamin von Kállay in die im Ministerium des kais. Hauses und des Neufers erledigte, der dritten Rangsklasse angehörende erste Sectionschefsstelle einztrüde.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 27. November d. J. dem mit dem Titel und Charakter eines Oberlandesgerichtsrathes bekleideten Staatsanwalte Johann Raupp in Prag in Anerkennung seiner treuen und vorzüglichen Dienstleistung den Orden der eisernen Krone dritter Klasse tagfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 28. November d. J. dem Hilfsamtdirektor des Oberlandesgerichtes in Graz Oswald Strassnigg in Anerkennung seiner sehr pflichtstiftigen und ausgezeichneten Dienste das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Erkenntnisse.

Das k. k. Ministerium des Innern hat unterm 22. November 1880, S. 5728/M. I., der in Berlin erscheinenden Zeitung "Deutsches Montags-Blatt" den Postdebit innerhalb der im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder wieder gestattet.

Das k. k. Landes- als Pressgericht zu Wien hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt der Nr. 28 der Zeitschrift "Die Zukunft" vom 24. November am 25. November, in dem Aussage unter dem Titel "Zur antisemitischen Bewegung" das Vergehen nach § 302 St. G. begründet, und hat nach § 493 St. P. D. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben der Gemeinde Fossattengrün (Amtsbezirk Eger) zur Tilgung der Schuldenkosten eine Unterstützung von 200 fl. und der Gemeinde Beinhofen im politischen Bezirk Waidhofen an der Thaya in Niederösterreich zu Schulbauzwecken eine Unterstützung von 100 fl. aus Allerhöchstihrer Privat-Unterstützung allergnädigst zu bewilligen geruht.

Feuilleton.

Die Irre von Wardon-Hall.

Roman von Albrecht Hendrichs.

(43. Fortsetzung.)

Eine Pause trat ein. Die Kranke war erschöpft in die Kissen zurückgesunken und lag wie eine Totte da. Die Strahlen der scheidenden Sonne spielten mit ihrem weißen Haar, und Otto wagte die Stille nicht zu unterbrechen. Sein Herz, von den widerstreitendsten Empfindungen bewegt, war übervoll.

"Wardon-Hall bleibt dein Eigenthum, Otto," fuhr Frau von Saldern fort. "Deine Heimat ist es und dein soll es bleiben. Aber ich verlange, dass Luitgard hier, so lange sie will, ein Unterkommen findet. Mehr braucht sie nicht. Mein Barvermögen ist bedeutend genug, sie zu einem sehr reichen Mädchen zu machen. Sie wird dann ganz frei und unabhängig sein."

In Ottos Gesicht prägte sich deutlich große Überraschung, beinahe Schrecken aus.

"Tante — nicht so! Luitgard ist Erbin von Wardon-Hall und niemals werde ich einen Theil ihres Erbes an mich nehmen. Ich verspreche dir, ihr ein Bruder zu sein, ihr zu jeder Zeit beizustehen, wenn sie meine Hilfe begeht, — aber ich möchte nicht, dass du meinetwegen deinem Kinde ein Unrecht zufügst."

"Es ist kein Unrecht, Otto," sagte die Kranke ernst und bestimmt, "sondern ich erfülle damit einfach meine Pflicht, sowohl dir gegenüber, als deinen Eltern. Wardon-Hall war ursprünglich das Eigen-

Das Exposé des Herrn Finanzministers

findet auch in auswärtigen Blättern eine günstige Beurtheilung. So lässt sich die "Schlesische Zeitung" aus Wien schreiben: "Darüber, dass die Ankündigung eines Deficiis von 34 Millionen, beziehungsweise, wenn man die Investitionen in Abzug bringt, von 27 Millionen nicht angenehm berühren wird, hat sich der Finanzminister wohl selbst nicht getäuscht. Dennoch wird man ihm, der noch zu kurze Zeit im Amte ist, als dass er für die finanzielle Lage irgendwie verantwortlich gemacht werden könnte, die Anerkennung nicht versagen können, dass er solche Maßnahmen ankündigt, die das Streben verrathen, möglichst bald zu einem geordneten Staatshaushalte zu gelangen." — Der Pariser "Temps", der sich auf Grund eines telegraphischen Auszuges des Exposé bereits im redactionellen Theile mit demselben beschäftigt, schreibt: "Man sieht, dass in Österreich die Ausgaben wie die Einnahmen in beständigem Wachsen begriffen sind; dies ist an und für sich nicht beunruhigend, denn dieses Verhältnis ist unserer Zeit schon gewissermaßen allgemein das normale... Es scheint nicht, dass der österreichische Finanzminister eine erhebliche Herabminderung der Ausgaben ins Auge gefasst hat, er schlägt vielmehr vorderhand die Schaffung neuer und die Erhöhung bereits bestehender Steuern vor und beabsichtigt, gewisse Steuern in einer Weise umzugestalten, welche deren Ertrag vermehren wird. Schon dies genügt, um die Bahn anzudeuten, welche der neue Minister einschlägt, eine Bahn, an deren Ende sich vielleicht das große finanzielle Desiderium: Gleichgewicht im österreichischen Staatshaushalte, befinden dürfte."

Auch die heimische Provinzprese stimmt in dieses Urtheil ein. Von den polnischen Blättern lobt namentlich der "Dziennik polski" die große Klarheit des Exposé. Das diesjährige Budget sei natürlicherweise durch die jüngste Vergangenheit bedingt; allein innerhalb der vorgegebenen Grenzen gebe das Exposé sehr vernünftige Mittel an, um den laufenden Bedürfnissen zu entsprechen. Insbesondere vielverheißend sei jener Punkt des Programmes des Herrn Ministers, der eine Stärkung der Produktionskraft der Bevölkerung in Aussicht stelle. — "Dziennik polski" hebt hervor, dass die Opposition, welche die gegenwärtige finanzielle Situation verschuldet habe, nunmehr den Finanzminister für das Deficit verantwortlich machen wolle. — Die czechischen Journale äußern sich in ähnlicher Weise. "Narodni Listy" nennen das Exposé ein "ganz aufrichtiges"; "Ceské Noviny" zählen den finanziellen Aus-

führungen des Herrn Dr. Dunajewski im Parlamente Beifall und Anerkennung; "Moravská Orlice" hofft, dass die Ministercollegen des Herrn Dr. Dunajewski insbesondere der Ackerbau- und der Handelsminister, mit dem Finanzminister dahin arbeiten werden, dass die wirtschaftlichen Grundlagen des Reiches festigt und dass überhaupt eine gesunde volkswirtschaftliche Politik angebahnt werde.

Rede Sr. Excellenz des Herrn Finanzministers Dr. Dunajewski: (Fortsetzung.)

Was nun das zweite Mittel: die Erhöhung der Einkünfte, anbelangt, so habe ich schon vor mehreren Jahren die Ehre gehabt, in diesem h. Hause die Meinung zu äußern, ob denn, wenn es sich um die Reform des Steuersystems, namentlich in Österreich, handelt, es nicht zweckmässiger und nützlicher wäre, die Reform bei den Verzehrungs- und Aufwandsteuern zu beginnen und erst dann zur Reform der directen Steuern zu schreiten.

Ich will das hohe Haus nicht weiter belästigen mit Gründen für diese Meinung, ich will mich darauf nur aus dem Grunde berufen, um neuerdings Zeugnis dafür abzugeben, dass ich im allgemeinen an dieser Überzeugung bis jetzt persönlich festhalte, dass der bisherige Gang der Reform der directen Steuern mich auch in dieser Ansicht verstärkt hat, woraus zunächst nicht folgt, dass ich, um consequent zu sein, ignorieren sollte dasjenige, was mittlerweile durch rechtkräftige Beschlüsse beider hohen Häuser theilweise auch schon Gesetz wurde. Es wäre nichts gefährlicher, als eine lange, mühevole Arbeit, die sich durch Jahre hinzieht, und in den Überzeugungen und Ansichten der Bevölkerung Boden gesetzt hat, jetzt auf einmal vollständig zu unterbrechen und gewissermaßen einen neuen Weg einzuschlagen. Ich kann nicht den Staat und die wichtigsten seiner Interessen, die finanziellen, als Gegenstand von Experimenten, wenn sie auch noch so geistreich sind, ansehen. (Bravo! rechts.) Es hat nun einmal die Reform der directen Steuern ihren Anfang genommen; es ist die Absicht der Regierung, den abgebrochenen Faden wieder aufzunehmen, und zwar nicht in qualitativer Beziehung — ich will mich mit meinem verehrten Vorgänger in dieser Beziehung nicht im mindesten messen — aber vielleicht in quantitativer Beziehung insoweit abzuweichen, dass sie mit Rücksicht auf die bisherigen Erfahrungen eine theilweise Reform für jede Session oder jeden Sessionsabschnitt beabsichtigt. Die großen und ausgezeichneten Arbeiten der hochverehrten Herren Minister Dr. Brestel und

thum deiner Eltern. Meine Mutter hat es mit ihrem Gelde bezahlt und das Geld hat mit der Zeit Warodon-Hall schuldenfrei gemacht. Ich will es somit als ein Darlehen betrachten, welches du nicht mehr gebrauchst, und es aus dem Schlosse zurückziehen. Somit nehme ich nur, was mein — und du, was dein ist."

"Tante!"

Otto war auf die Kniee niedergesunken und presste die Hand der Sterbenden leidenschaftlich bewegt in der seinen.

"Tante — wie gut du bist! wie hast du für mich gesorgt. Aber — kann ich — darf ich —"

"Still!" unterbrach sie ihn. "Ich habe nicht mehr gethan, wie recht und billig war. Du hast gleichen Anteil wie Luitgard an mein Eigenthum. Auch du bist mein Kind. Du hast mich zum Bewusstsein erwacht, du hast mir die Freuden deines Lebens geopfert und ich danke dem Himmel, dass es mir vergönnt ist, wenigstens in etwas die Schuld meiner Dankbarkeit abzutragen und —"

Die Kranke hielt inne. Als Otto sie ansah, bemerkte er in ihrem Antlitz eine große Veränderung.

Eine Weile lag sie regungslos und das Herz des jungen Mannes begann ängstlicher zu schlagen.

Da richtete sie sich noch einmal halb empor — dann sank sie zurück.

"Luitgard!" murmelten die bleichen Lippen.

Graf Otto verstand den flehenden Ton dieser erlöschenden Stimme. Er sprang auf, eilte in das Vorzimmer und befahl der Kammerfrau, das Fräulein zu rufen. Dann kehrte er an das Krankenlager zurück.

Eine Minute später trat Luitgard ein, bleich und mit verweinten Augen. Sie sank an dem Bett auf

die Knie nieder. Segnend legte Frau von Saldern ihre Hand auf den Kopf ihres Kindes, aber der Mund, welcher sich zum Sprechen öffnete, gab keinen Laut mehr von sich.

Todtentille herrschte in dem Gemach. Nur das Ticken der Uhr unterbrach die Ruhe — dann und wann auch ein schwerer Atemzug.

Endlich war auch das vorbei. Die Sonne war hinter dem Fichtenwald zur Ruhe gegangen und die ersten dämmernenden Schatten huschten durch das Gemach. Da fühlte Luitgard die Hand ihrer Mutter erkalten. Ein Schauer durchrieselte ihren Körper und endloses Weh erfassete ihr Herz.

Sie erhob sich von den Knieen, sie hatte ganz vergessen, dass sie nicht allein mit der Todten war, und Otto in der Fensternische stand. Ihre Thränen waren versiegelt, sie konnte nicht mehr weinen. Sie presste Küsse auf das Antlitz der Todten und deckte dann ein Tuch über das stille, friedvolle Gesicht.

"Wieder allein!" kam es dann leise und bebend von ihren Lippen.

Otto bebt zusammen vor dem leidenschaftlichen Weh, welches in diesen Worten lag. Wie gerne wäre er zu ihr gegangen und hätte ihr gesagt: "Nein, du bist nicht allein, ich will dich behüten und beschützen wie ein theueres Kleinod," aber — er konnte nicht.

"Luitgard!" sagte er dann, sich ihr nähernd.

Sie schrak zurück. Aber dann schmolz das Eis ihres Herzens vor dem neuen warmen Ton und aufschluchzend lag sie in seinen Armen.

"Luitgard weine nicht!" flüsterte er sanft und zärtlich. "Die Mutter hat es so gewollt — sie ist glücklich und zufrieden."

(Fortsetzung folgt.)

Pretis wurden als Ganzes in beiden Häusern eingebraucht, und trotz wiederholter, ungemein fleißiger Erörterungen doch immer nur bruchstückweise erledigt. Es liegt dem hohen Hause schon der Gesetzentwurf über Veränderungen in der Gebäudesteuer zur verfassungsmäßigen Behandlung vor, um dessen möglichst schleunige verfassungsmäßige Erledigung ich vom Standpunkte der Finanzverwaltung um so dringender zu bitten genötigt bin, als dieser Gesetzentwurf in inniger Verbindung sich befindet mit der zu Ende gehenden Regelung der Grundsteuer, indem es sich um Ausdehnung der Gebäudesteuer auf jene Länder handelt, in denen jetzt unter dem gegenwärtigen Gesetze eine solche nicht besteht.

Ich hoffe, in nächster Zukunft dem hohen Hause auf Grundlage derjenigen Operate, welche meine Vorgänger im Amte bereits wiederholt eingebraucht haben und mit Berücksichtigung jener Wünsche und Ansichten, die sich in den Discussionen beider hohen Häuser und der Ausschüsse ergeben haben, einen Entwurf über die Erwerbsteuer und zugleich zur Veränderung der bisher geltenden Einkommensteuer zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen, glaube aber, hiemit für diesen Sessionsabschnitt genug Gegenstände für die Reform der directen Steuer dem hohen Hause vorgelegt zu haben. Wie gesagt, man muss in dieser Beziehung meiner Ansicht nach äußerst vorsichtig zuwerke gehen, und ich begnügen mich damit, was möglich ist, in einer Session zu erzielen, um die Einkünfte des Staates zu erhöhen und nicht weiterzugreifen, bloß aus Consequenz oder wegen der inneren systematischen Verbindung. Würde das hohe Haus und das zweite Haus, die gesamme hohe Reichsvertretung, diesen Gesetzentwurf annehmen, wird er Gesetzeskraft erlangen, so glaube ich, wie bei der Specialberathung sich näher ergeben wird, damit auch Bahn gebrochen zu haben für die Beschlussfassung über die Einkommensteuer, wie sie in diesem hohen Hause zwar vorgelegt, aber, wie allen Herren bekannt ist, nicht zur schließlichen Erledigung gebracht wurde. Es hat jedoch die Reform der directen Steuern meiner Ansicht nach ihre nothwendigen, unverrückbaren Grenzen; die Hoffnungen, welche die Bevölkerung dieses großen Staates seit so vielen Jahren an das finanzielle Ergebnis der directen Steuerreform knüpft, sind meiner Ansicht nach in Bezug auf den directen finanziellen Ertrag theilweise vielleicht zu überspannt. Man muss nicht vergessen, dass die directen Steuern in Österreich nicht nur als eine Last des Staatsbürgers zugunsten des Staates erhöht werden, sondern man muss immer fest im Auge behalten, dass neben demjenigen Maße der Steuerbelastung, welche die Reichsgesetzgebung beschließt, auch noch kraft bestehender Landesstatuten die einzelnen Landesvertretungen ihre Zusätze erheben, so dass weder die Reichsvertretung noch die Finanzverwaltung bei der Abschlussfassung der Entwürfe in der Lage ist, genau zu prüfen, wie groß die Last ist, die den Steuerpflichtigen trifft, welch letztem es gleichgültig ist, unter welchem Titel er zahlt. (Rufe rechts: Sehr richtig!)

Man muss zweitens bei den directen Steuern, sowie sie sich in Österreich entwickelt haben, auch noch auf einen Umstand Rücksicht nehmen. Es sind aus vielen Ländern Klagen über Steuerbedrückung laut geworden, aber mitunter noch stärkere Klagen über die ungemein lästige, mit bedeutenden Kosten verbundene Steuereintreibung und Steuerexecution. Der Finanzminister, wer er auch immer sein mag, befindet sich hier in der schwierigen Lage: ob er die Steuern unangemessen eintreiben oder ob er mit Rücksicht auf die Zukunft und die Schonung der wirtschaftlichen Kraft der Steuerträger nicht vielleicht etwas nachlassen sollte in der Anwendung jener scharfen Mittel, die ihm die gegenwärtige Gesetzgebung an die Hand gibt. Ich habe diesen Gegenstand betreffend die Execution der Steuern einer eingehenden Prüfung und Erörterung unterziehen lassen, er ist aber ein ungemein schwieriger. Ich kann daher für den laufenden Sessionsabschnitt dem hohen Hause nicht das Versprechen geben, gesetzgeberische Reformvorschläge in dieser Beziehung zu machen. Sollte aber diese Erörterung zu irgend einem praktischen Resultat führen, was ich hoffe, so kann wohl im nächsten Sessionsabschnitt oder in der nächsten Session erwartet werden, dass die Finanzverwaltung mit Entwürfen kommen wird, welche namentlich den kleineren Gewerbsmann und den kleineren Grundbesitzer in Bezug auf die Consequenzen der Steuerexecution schützen, insoweit überhaupt das Interesse des Staatshaushaltes es zulässt. (Bravo! Bravo! rechts.)

(Fortsetzung folgt.)

Vom Reichsrathe.

98. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 4. Dezember.

Präsident Graf Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Um Ministertische: Laaffe, Biemialowski, Pražák, Conrad, Dunajewski, Kremer, Streit, Welsersheimb, Falkenhayn.

Der Landesverteidigungsminister überreicht einen Motivenbericht zur Wehrgesetz-Novelle.

Sodann werden Ergänzungswahlen und erste Lesungen vorgenommen.

Es folgt sodann die erste Lesung des Antrages des Grafen Wurmbbrand und Genossen wegen gesetzlicher Regelung des Gebrauches der landesüblichen Sprachen unter Festhaltung der deutschen Sprache als StaatsSprache.

Abg. Graf Wurmbbrand ergreift zur Begründung des Antrages das Wort. Er bemerkt, dass ein großer Theil der liberal denkenden und deutsch-österreichischen Volkes mit dem Antrage einverstanden ist. Das Verdienst der Rechten sei es, die Minorität dahin gebracht zu haben, dass diese sich zur Vertheidigung ihrer nationalen Interessen geeinigt hat; das Verdienst der Minorität sei es, einen Antrag einzubringen, der die Größe und Wohlfahrt des Reiches im Auge hat, der wirklich conservativ ist angesichts der Conspirationen, die von der rechten Seite genährt worden sind. Er sehe in der Nationalitätenfrage keine Rassenfrage; dass sie das nicht ist, beweist das Namensverzeichniß des czechischen Clubs. (Heiterkeit.) Graf Wurmbbrand erklärt weiter: "Wenn mein Antrag im Ausschusse verstimmt wird, so dass er das Gegentheil von dem enthält, was er intendiert, dann mache ich Sie für die Folgen verantwortlich. Wir Deutsche, die wir die Mehrzahl in der Bevölkerung sind, werden jetzt überall zurückgedrängt und die Rechte, welche wir den anderen Nationalitäten gegeben, werden jetzt gegen uns als Waffe benutzt, um uns an die Wand zu drücken." (Nicht wahr! Rechts.) "Ich bin aber überzeugt, dass es keine österreichische Regierung geben kann, welche den Staat schwächen will, welche dem Staate nehmen will, was des Staates ist, und deshalb verspreche ich mir das Beste von meinem Antrage." (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Graf Hohenwart: Ich muss bemerken, dass ich am allerliebsten diesen Antrag in erster Lesung abgelehnt hätte, weil ich mir einen praktischen Erfolg davon nicht versprechen kann, namentlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen. (Lachen auf der Linken.) Diese Frage kann nicht einseitig gelöst werden, sondern nur durch ein aufrichtiges Zusammenwirken aller Parteien. Dieses Zusammenwirken ist leider jetzt nicht möglich. Ich hätte vielleicht auch den Vorwurf, dass wir die Minorität muthlos machen, zu ertragen gewusst, weil ja ein solcher Vorwurf von der Bevölkerung nicht ratifiziert wird, sonderu diese vielmehr demjenigen danken würde, der sagt, dass das Parlament, welches in finanziellen Fragen ein so fruchtbare Feld findet (Lachen auf der Linken. Rufe: Grundsteuer), sich mit diesen befassen solle. Allein die Wiederaufnahme dieses Antrages und namentlich die Motivierung von heute müssten uns überzeugen, dass die Minorität auf die Besprechung dieser Frage großes Gewicht legt und aus rein parlamentarischer Courtoisie gehen wir daher auf dieselbe ein. Wir werden für die Zuweisung dieses Antrages stimmen, müssen aber die Opportunität dem Antragsteller überlassen. Heute werden wir nicht näher darauf eingehen, um nicht die Zeit unnütz zu verlieren, und werden, was wir zu sagen haben, bei der zweiten Lesung vorbringen.

Der Antrag Wurmbbrands wird hierauf einem Ausschusse zugewiesen.

Sodann begründet Abg. Dr. Herbst seinen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Sprachenverordnung. Er geht auf die Entstehung dieser Verordnung zurück und behauptet, dass die Verhältnisse in Böhmen solche sind, dass diese Verordnung für dieses Kronland nicht passe. In Böhmen seien 77 deutsche Gerichtsbezirke, in welchen sich keine einzige czechische Gemeinde befindet. Deutscher kann also ein Land nicht sein. (Heiterkeit.) Zahlreiche Kundgebungen der deutsch-böhmisichen Gemeinden haben sich entschieden gegen die Sprachenverordnung ausgesprochen und diese Thatache lässt sich nicht durch gewisse Blätter hinweg-decreterieren. Redner polemisiert gegen die seinerzeitige Interpellationsbeantwortung des Justizministers Streymayr, insbesondere gegen dessen Auffassung vom Kompetenzgebiete des Reichsrathes und der Landtage und bemerkt, dass nach dieser Auffassung sogar der Berliner Vertrag, da er von vielen Seiten als nicht in die Kompetenz des Reichsrathes fallend, erklärt worden ist, in die Landtage gehören würde, da ja Minister Streymayr gesagt habe: Was nicht dem Reichsrath gehört, fällt in die Kompetenz der Landtage. (Heiterkeit.) Redner weist nach, dass eine Sprache in einem Bezirk, einem Orte üblich sein könne, ohne dass sie deshalb Landessprache oder nur landesüblich wäre und zieht zur Beweisführung selbst die Sprachenverordnung an. Wir Deutschen in Böhmen wollen gar nicht bevorzugt werden, aber wir wollen nicht schlechter behandelt werden, als der Deutsche in Tirol und Steiermark. Redner fragt, warum wurde denn eigentlich die Sprachenverordnung erlassen? Ein Sectionschef erklärte im Herrenhause, ein praktisches Bedürfnis sei es nicht gewesen. Ja was war es dann für ein Bedürfnis, wenn es kein praktisches war? Die Verordnung

wurde erlassen auf Grund einer Enquête. Redner beleuchtet nun die Ergebnisse dieser Enquête und wünscht, den Antrag demselben Ausschusse, dem der Wurmbbrand'sche zugewiesen wurde, zuzuweisen. (Lebhafte Beifall, Händeklatschen links. Abgeordnete von der linken Seite des Hauses, beglückwünschen den Redner.)

Abg. Vienbacher will nur wenige Worte sprechen. Die Rechte habe die Anträge Herbst und Wurmbbrand niemals niedergestimmt, sondern nur vertagt. Wie soll man glauben, dass auf der Linken wegen der Sprachenverordnung Beunruhigung herrscht, da dieselbe während der Rede Herbsts sich fortwährend der stürmischsten Heiterkeit hingab? Die Rechte hätte Ursache genug, gegen die Zuweisung des Antrages an einen Ausschuss zu stimmen, aber sie thut es nicht, weil sie glaubt, durch eine ruhige, objective Besprechung den Sprachenstreit ganz aus der Welt schaffen zu können. Er selbst halte den Antrag für eine Umgestaltung der Geschäftsvorordnung.

Präsident weist diese Bemerkung zurück, weil schon oft Debatten an Interpellationsbeantwortungen geknüpft worden sind.

Abg. Dr. Herbst verwahrt sich gleichfalls gegen die Auseinandersetzung Vienbachers.

Hierauf wird der Antrag Herbst auf Zuweisung der Interpellations-Beantwortung an einen Ausschuss angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Specialdebatte über das Schank-Steuergesetz und wird dasselbe ohne Änderung angenommen.

Der Finanzminister überreicht den Gebarungsausweis für das Jahr 1879.

Graf Hohenwart und Genossen interpellieren wegen Einbringung von Regierungsvorlagen, welche der weiteren Hypothekar-Beschuldigung auf dem Lande zu steuern geeignet wären.

Abg. Dr. Ruz interpelliert wegen der Zeitungs-Confiscationen.

Nächste Sitzung Freitag.

Die allseitige Abberufung der Demonstrationsflotte

ist — wie die "Wiener Abendpost" vom 4. d. M. schreibt — die wichtigste Tagesnachricht. Mit ihr ist allem neuestens aufgetauchten Gerede von einer auch nach der nunmehr erfolgten Erledigung der Dulcigno-Frage, ihres eigentlichen Zweckes, noch auf andere Angelegenheiten auszudehnen, sei es praktischen, sei es bloß ideellen Flottenbewegung ein Ende gemacht. Wenn man weiter in den letzten Tagen den Versuch gemacht hat, die Flottenangelegenheit publicistisch mit den noch zu erledigenden Fragen in Zusammenhang zu bringen, und die Verührung der letzteren in mehrfachen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kundgebungen zu der Annahme geführt hat, dass auch andere Fragen mehr, als dies bisher der Fall war, in den Begründung der Actualität getreten seien, so zeigt die wirkliche Sachlage, dass wir die Aussgangspunkte dieser Annahme, als sei die Dulcigno-Frage nur von der Tagesordnung verschwunden, um durch eine andere beunruhigende ersetzt zu werden, richtig gekennzeichnet haben. Dass es im Orient noch mancherlei zu lösende Fragen gebe, wird niemand in Abrede stellen wollen, schwierig wird man aber in den sich in ruhigem Gang entwickelnden Erörterungen dieser Fragen ein beunruhigendes Moment erblicken wollen. Mit der das Einvernehmen Europas veranschaulichenden Nachricht von der Abberufung der Demonstrationsschiffe trifft es zusammen, dass sich gerade jetzt die Zahl der gewichtigen Stimmen mehrt, welche die Aufrechterhaltung des europäischen Concertes betonen. Lassen die bedeutsamen Neuverhandlungen Lord Granvilles und Barthélémy Saint-Hilaire keinen Zweifel darüber zu, wie hoch man in England und Frankreich die Fortdauer des europäischen Concertes halte, so gibt das telegraphisch signalisierte Communiqué der "Agence russe" davon, dass auch im Russland die Erhaltung des Concertes über die eigenen Bündnisse gestellt und in derselben die alleinige Bürgrschaft des Friedens erblickt werden. Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, dass Kundgebungen wie diese überall und in erster Reihe in jenen Kreisen ein lebhaftes Echo finden und die aufrichtigste Befriedigung erwecken müssen, welche, wie wir, sich stets von den gleichen, den europäischen Friedensinteressen gewidmeten Wünschen haben leiten lassen.

Frankreich und die griechische Frage.

Der französische Minister des Äußeren Barthélémy Saint-Hilaire hat am 2. d. M. in der Abgeordnetenkammer die Erklärungen wiederholt, die er zwei Tage vorher im Senate gegeben: Europa, dem der Berliner Congress die Vermittlung zwischen Griechenland und der Türkei vorbehalten, hat dem ersten gerathen, sich auf keinen Kampf einzulassen, und die französische Politik wird stets auf den Frieden und die Erhaltung des europäischen Concertes gerichtet sein. Mit einer Mehrheit von 200 Stimmen gab die Kammer dieser Politik ihre Zustimmung mit dem Beschluss, sie gehe im Vertrauen auf

die Erklärungen der Regierung und in der Ueberzeugung, dass dieselbe die Rechte und Pflichten Frankreichs als Großmacht mit der Erhaltung des Friedens, den der einstimmige Wunsch des Parlamentes und des Landes fordert, in Einklang zu bringen wissen werde, zur einfachen Tagesordnung über.

Tagesneuigkeiten.

— (Der Afrika-Reisende Dr. Emil Holub) begab sich diesertage nach Berlin, um dort eine Vorlesung zu halten. Auch in Hamburg gedenkt Dr. Holub zu lesen. Se. Majestät der Kaiser hat für die neue Afrika-Expedition des Dr. Holub den Betrag von 3000 fl. aus seiner Privatkasse anweisen lassen. Außerdem hat das Kriegsministerium den genannten Forschungsreisenden mit astronomischen Instrumenten für seine nächste Expedition ausgestattet.

— (Orientalische Akademie.) Der Besuch der orientalischen Akademie in Wien ist heuer ein außerordentlich starker, denn es haben sich nicht weniger als siebenundfünfzig interne Böglinge und siebzig externe Hörer einschreiben lassen. Es ist dies der deutlichste Beweis, welchen Ausschwung das Studium der orientalischen Sprachen in Österreich genommen hat und dass sich unsere kommerziellen Beziehungen zum Morgenlande — fast sämtliche externen Hörer gehören dem Kaufmannsstande an — von Jahr zu Jahr mehren. Um alle ihre internen Böglinge unterbringen zu können, hat die Akademie, deren Räumlichkeiten bekanntlich sehr beschränkt sind, heuer vier Privathäuser in der Falzobergasse mieten müssen.

— (Erbenschaft.) Die Stadt Leipzig hat eben eine sehr ausehnliche Erbschaft gemacht. Ein Herr Dominik Graßl hatte sie zu seiner Universalerbin eingesezt und der Stadtrath beschloss, die Erbschaft anzunehmen. Dieselbe beträgt nach Abzug aller Legate 1.900,000 Mark.

— (Brand.) In Neapel brach in der vorigen großen Tabakfabrik, in welcher 2000 Menschen beschäftigt waren, in der Nacht vom 1. zum 2. d. M. ein Brand aus, der das ganze in einem der bevölkersten Stadttheile gelegene Gebäude und eine große Masse von Vorräthen vernichtete. Alle verfügbare und erreichbare Löschmannschaft und 37 Spritzen waren auf dem Platze, vier Regimenter zur Unterstützung ausgerückt, das Gebäude war nicht zu retten, mit größter Mühe nur die austostenden, von denen manche ganz oder theilweise niedergeissen werden mussten. Auch die Kirche San Pietro Martiro mit berühmten Gemälden war in großer Gefahr und ihre Sacristei ist zerstört. Einige Soldaten und Löschmänner sind verwundet.

— (Afrikanische Piraten.) Ueber den Untergang des Hamburger Dampfers „Carlos“ gehen der „Tribune“ die folgenden Mittheilungen zu: „Die Mannschaften, welche in Liverpool eingetroffen sind, leiden sämtlich noch am Fieber und sind nur mit Mühe einem schrecklichen Tode entgangen. Wie dieselben erzählen, traf der „Carlos“ auf der Reise von Hamburg nach Lagos an der Westküste von Afrika am 25sten Oktober mit wertvoller Ladung unweit Mana-Kroo ein und fügte einen Kanonenschuss zum Zeichen, dass man eine Unzahl Kroobois (Arbeiter) gebrauche. Gleich darauf stieß das Schiff auf einen 12 Fuß unter Wasser liegenden Felsen und begann sofort zu sinken, das Wasser stürzte in den Maschinenraum und die Feuer verlöschten. Die Mannschaft begab sich in die drei Boote des Schiffes, hatte letzteres aber kaum verlassen, als mehrere hundert Eingeborne an Bord kamen, die den Dampfer zu plündern begannen, bis er sich auf die Seite legte und versank, so dass nur der Kopf des Schornsteines aus dem Wasser hervorragte. Die Schiffbrüchigen steuerten nach dem viele Meilen entfernten Sinoe, hielten sich aber der Sicherheit wegen nahe der Küste. Als die Nacht hereinbrach, bemerkten sie, dass sie von etwa hundert Canoes verfolgt wurden und dass ein Entkommen unmöglich sei. Bald nachher waren sie von den Wilden umzingelt, die fast sämtlich mit Speeren und Messern bewaffnet waren. Als die Mannschaft sich der Plünderung widersegte, wurde sie mit dem Tode bedroht, so dass sie es geschehen lassen musste, dass die Schwarzen nicht allein alles, was in den Booten war, sondern sie auch mit Gewalt der Kleider, die sie am Leibe trugen, beraubten. Dem Capitän wollten sie den Finger abschneiden, als ein an demselben befindlicher King sich nicht sofort abziehen ließ. Erst nach langerer Verathung gestatteten die Wilden dann den Schiffbrüchigen, ihre Fahrt fortzusetzen und nach der See hinauszufahren. Die Leiden der Schiffbrüchigen waren entsetzlich; sie besaßen weder Nahrungsmittel, noch Wasser und littent zudem fast alle am Fieber. Fünf Tage lang mussten sie in nacktem Zustande im Kings-Wells-Town bleiben, bis ein von der deutschen Factorei gesetztes Schiff sie abholte und mit Kleidungsstücken versorgte.“

Locales.

Die bevorstehenden Wahlen für die krainische Handels- und Gewerbekammer.

Die unterzeichnete Wahlcommission bringt zur Kenntnis, dass sie mit dem Erlass der f. f. Landesregierung vom 20. November 1880, B. 9066, in

Gemäßheit des § 8 des Gesetzes vom 29. Juni 1868 und § 10 der Wahlordnung für die Handels- und Gewerbekammer für Krain zu Laibach zur Einleitung und Durchführung der Neuwahlen bestellt wurde.

Dieselbe hat die Listen der Wahlberechtigten, geordnet nach der Handels- und Gewerbesection und letztere noch nach den drei Abtheilungen, das ist Großindustrie, Montangewerbe und übriges Gewerbe, zusammengestellt. Diese Listen werden vom 12. bis inclusive 26. Dezember 1880 zur Einbringung allfälliger Einsprüche öffentlich aufliegen, und zwar die Listen für die Wahlberechtigten in der Handelssection und in der dritten Abtheilung der Gewerbesection (der übrigen Gewerbe) bei den f. f. Steuerämtern und rücksichtlich Hauptsteuerämtern, die Listen aller Wahlberechtigten für die erste und zweite Abtheilung der Gewerbesection (Großindustrie und Montangewerbe) bei den f. f. Bezirkshauptmannschaften, die Listen aller Wahlberechtigten der Stadt Laibach beim Stadtmagistrat Laibach.

Einsprüche gegen die Wahllisten können in obiger Frist bei den bezeichneten Behörden, bei denen die Listen aufliegen, oder auch direct bei der gefertigten Wahlcommission (Laibach, Auersperg-Platz Nr. 4 im I. Stock) eingebracht werden. Nach Ablauf der Reclamationsfrist werden die Wahllisten von den besagten Behörden der Wahlcommission übermittelt, welche nach Erledigung der etwa eingelangten Reclamationen die berichtigte Wählerliste verfassen und auf Grund derselben die Legitimationskarten nebst den Stimmzetteln für den Wahlact aussertigen wird, welche sodann den Wahlberechtigten zugestellt werden.

Indem die Wahlcommission hervorhebt, dass für die erste Abtheilung der Gewerbesection (Großindustrie) seine Wahlen stattfinden, da die Functionsdauer der Mitglieder derselben erst mit Ende Dezember 1883 ablaufen wird, macht sie auf nachstehende Bestimmungen der Wahlordnung aufmerksam:

§ 3. Zur Ausübung des aktiven Wahlrechtes sind berechtigt: 1.) Jene Mitglieder des Handels- und Gewerbestandes, welche im Vollgenüsse der bürgerlichen Rechte sind und im Bezirke der Kammer eine Handelsunternehmung, ein Gewerbe oder einen Bergbau selbstständig oder als öffentliche Gesellschafter betreiben, dann jene Personen, welche als Vorstände oder Directoren commercielle oder industrielle Actienunternehmungen leiten, wenn 2.) von den aufgeführten Unternehmungen der für die Wahlberechtigung vorgeschriebene Erwerbsteuerbetrag oder beim Bergbau die vorgeschriebene Massengebühr entrichtet wird.

§ 4. Die Wähler für die Handelssection und jene der drei Abtheilungen der Gewerbesection bilden je einen, demnach alle Wahlberechtigten vier Wahlkörper.

§ 5. Wahlberechtigt für die Handelssection sind: Banquiers und Wechsler, Handelsleute, Spediteure, Niederlagshälter, Handelsagenten, Credit- und Versicherungsanstalten, Apotheker, Eisenbahn-, Schiffahrts- und andere Transport-Unternehmungen, — wenn von einer Unternehmung in der Landeshauptstadt Laibach ein jährlicher Erwerbsteuerbetrag von mindestens zehn Gulden 50 kr. ö. W., in den übrigen Orten des Kammerbezirkes Krain von acht Gulden vierzig kr. ö. W. ohne Zuschlag entrichtet wird. Wahlberechtigt für die erste Abtheilung der Gewerbesection (§ 1 a) sind die Hütten- und Hammerwerksbesitzer, Fabrikanten, Baugewerbe und alle anderen Gewerbetreibenden, welche von einer oder mehreren im Kammerbezirk Krain befindlichen Gewerbsunternehmungen eine jährliche Erwerbsteuer von mindestens Einhundert Gulden ö. W. ohne Zuschlag entrichten. Wahlberechtigt für die zweite Abtheilung der Gewerbesection (§ 1 b) sind jene Bergbaubetreibenden, welche jährlich eine Massengebühr von mindestens vier Gulden ö. W. entrichten. Wahlberechtigt für die dritte Abtheilung der Gewerbesection (§ 1 c) sind alle Gewerbetreibenden und Fabrikanten, welche für die Abtheilung der Großindustrie nicht wahlberechtigt sind; ferner die für die Handelssection nicht wahlberechtigten Handelsbetreibenden, deren jährliche Erwerbsteuer ohne Zuschlag mindestens vier Gulden zwanzig kr. ö. W. beträgt.

§ 6. Wer in mehreren Wahlkörpern wahlberechtigt ist, kann nur in einem derselben sein Stimmrecht ausüben; es steht ihm jedoch frei, sich zu entscheiden, in welchem er es ausüben will. Erfolgt die Entscheidung des Wählers nicht vor Ablauf der Reclamationsfrist (§ 12), so hat die Wahlcommission denselben, wenn er in der ersten Abtheilung der Gewerbesection und zugleich in einem oder zwei oder allen drei anderen Wahlkörpern wahlberechtigt ist, die Legitimationskarte und den Stimmzettel nur für den Wahlkörper der ersten Abtheilung der Gewerbesection, wenn er für die Handelssection und für die zweite oder dritte Abtheilung oder für beide diese Abtheilungen der Gewerbesection wahlberechtigt ist, die Legitimationskarte und den Stimmzettel nur für die Handelssection, wenn er in der zweiten und dritten Abtheilung der Gewerbesection wahlberechtigt ist, die Legitimationskarte und den Stimmzettel nur für den Wahlkörper der Montangewerbe auszufertigen.

§ 7. Gesellschaften, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften und andere berlei Collectivpersonen besitzen nur Eine Stimme, welche diejenigen abzugeben berech-

tigt sind, denen nach Geleb oder Statuten die Vertretung zusteht. Wenn Frauen oder solche Personen, die unter Vormundschaft oder Curatel stehen, im Alleinbesitz eines Geschäftes sich befinden, so übt das Wahlrecht in ihrem Namen der Geschäftsleiter aus. In allen übrigen Fällen findet die Ausübung des Wahlrechtes durch Bevollmächtigte nicht statt.

§ 9. Ausgeschlossen von der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechtes sind jene Personen, welche nach den bestehenden Gesetzen von der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechtes in der Gemeinde ausgeschlossen sind.

§ 20. Die Eingaben an die Wahlcommission sind zu abruffieren: „An die Wahlcommission für die Handels- und Gewerbekammer in Laibach.“ Die Stimmzettel und alle anderen Eingaben der Wahlberechtigten an die Wahlcommission werden von der Post portofrei befördert, wenn sie auf der Adresse den Beifall: „in Wahlangelegenheiten“ tragen.

Laibach, am 6. Dezember 1880.

Wahlcommission für die Handels- und Gewerbekammer in Laibach.

— (Blühender Seidelbast.) Im Laibacher Stadtwald findet sich gegenwärtig blühender Seidelbast, Daphne mezereum.

— („Slovenski Pravnik.“) Der hiesige Avocat Herr Dr. Alfons Mosché zeigt an, dass er im Laufe des Jahres 1881 in Laibach eine slovenische juristische Fachzeitschrift unter dem Titel „Slovenski Pravnik“ herauszugeben beabsichtigt und lädt alle Fachgenossen zur materiellen und geistigen Unterstützung seines Unternehmens ein. Das Blatt, das sich ausschließlich nur der Erörterung juristischer Fragen widmen soll, wird jeden Monat einmal, und zwar am 15. in der Stärke von zwei Bogen erscheinen und im Jahresabonnement 4 fl. kosten. Auch in deutscher Sprache geschriebene Aufsätze werden angenommen und von der Redaction (Franciscanergasse Nr. 16) ins Slovenische übersetzt werden.

— (Neue Telegraphenstation.) Zu Trifail-Bode wurde mit 1. d. M. eine neue Staatstelegraphenstation mit beschränktem Tagesservice eröffnet.

— (Gemeindewahl.) Bei der am 9. v. M. stattgehabten Neuwahl des Vorstandes der Ortsgemeinde Feistritz im Bezirk Radmannsdorf wurden der Grundbesitzer Jakob Rozman in Feistritz zum Gemeindvorsteher, dann die Grundbesitzer Josef Sodja von Feistritz, Martin Rozman von Wittnach und Johann Rozman von Feld zu Gemeinderäthen gewählt.

— (Vom Wetter.) Gleicher wie über Österreich-Ungarn blieb über dem ganzen europäischen Continent der Zustand der Witterung während der letzten vierzehn Tage ein sehr gleichförmiger, bei ununterbrochen hohem Barometerstand fast constant ruhiger. Die Temperatur blieb allgemein hoch über der der Jahreszeit entsprechenden, ebenso waren die Niederschläge nur sehr gering und fanden dieselben nur in Form von Regen oder Nebel statt. Rennenswerte meteorologische Erscheinungen waren im Laufe dieser Periode keine zu beobachten und bleibt nach den letzten am meteorologischen Central-Observatorium in Wien eingelangten Depeschen auch der Barometerstand allgemein ein sehr hoher, und die Druckvertheilung eine gleichmäßige, nur lässt die seit drei Tagen über ganz Russland und Skandinavien eingetretene strengere Kälte (in Petersburg — 18, Kiew — 12, Stockholm — 13, Uleborg — 20 Grad Celsius) auch für Mitteleuropa ehestens scharfe Fröste erwarten.

— (Theater.) Der tiefe poetische Sinn, der alle Ferdinand Raimund'schen Stücke durchzieht und verehrt, tritt uns auch in seiner alten Bauberkomödie „Der Bauer als Millionär“ in anmutiger Form entgegen. War ist das Stück mit seinem ganzen veralteten Bauberapparate und den vielen entscheidend eingreifenden Feen und Geistern unserem heutigen Geschmacke schon stark entrückt und überdies auch durch die in zahllose kleine Scenen und Verwandlungen zerrissene Führung der Handlung den gegenwärtigen dramatischen Anforderungen nicht mehr entsprechend, trotzdem aber weiß die derselben zugrunde liegende edle Tendenz: die Idealisierung der Arbeit und menschlichen Selbstgenügsamkeit, uns auch heute noch zu fesseln und uns das Bild des unglücklichen Dichters, dessen poetisch-melancholisches Gemüth sich, wie in allen seinen Werken, auch hier mit rührender Schlichtheit zeigt, in freundliche Erinnerung zurückzurufen. Speziell die tiefgedachte und ebenso sinnig durchgefahrene Scene im zweiten Acte, in der die personifizierte „Jugend“ vom reichgewordenen Bauer Abschied nimmt und gleich darauf das „Alter“ einzieht, ist von großer poetischer Schönheit und allein schon wert, das Stück vor dem Vergessenwerden zu bewahren. Dass Herr Frank, der dasselbe gestern abends zu seinem Benefit wählte, mit dieser Wahl keinen Missgriff gehabt und sich auch in materieller Hinsicht nicht verrechnet hatte, bewies ihm wohl deutlich der Anblick des Hauses, das fast in allen Räumen ausverkauft war. Allerdings darf Herr Frank einen großen Theil der Erschienenen, ohne dabei fehlzugehen, auf Rechnung seiner persönlichen Beliebtheit setzen, welche er sich durch sein musterhaftes Wirken

an unserer Bühne beim gesammten Publicum im vollen Maße errungen hat. Die Titelrolle bot dem Benefizianten zugleich Gelegenheit zu einer hervorragenden schauspielerischen Leistung, die namentlich in ihrem zweiten Theile durch den glücklich getroffenen, wehmüthig - reisigen Ton sehr angenehm berührte und Herrn Frank vielsachen und wohlverdienten Beifall eintrug. Eine ganz vortrefflich und charakteristisch gespielte Charge lieferte auch Herr Bock als das „höhe Alter“; desgleichen spielten Fräulein Mikola (die Jugend) und Herr Bräk (Lorenz) ihre Partien recht hübsch durch. Die zahlreichen übrigen Rollen, welche das Stück enthält, von denen jedoch keine nennenswert in den Vordergrund tritt, waren zum größeren Theile zufriedenstellend besetzt und bieten daher keine Gelegenheit, auf sie zurückzukommen, es wäre denn höchstens der Umstand, dass wir abermals — wie wissen wirklich nicht zum viertenmale — die gänzliche Bühnenunreife des Herrn Bock constatieren müssten, der auch in seinem gestrigen ohnehin episodenhaften Aufstehen aus dem Stocke und Versprechen nicht herauskam und überhaupt eine sehr lästige Figur spielte. Nicht viel besser erging es übrigens auch Herrn Schmelzing.

(Literarisches.) Von der „Illustrirten Culturgeschichte für Leser aller Stände. Von Karl Faulmann“ (A. Hartlebens Verlag in Wien) liegen uns die Lieferungen 6 bis 10 vor. Eine Culturgeschichte gewinnt durch Illustrationen, wie solche die vorliegenden Hefte bringen, ungemein an Interesse und Verständnis für weitere Kreise. Wenige können sich eine richtige Vorstellung von dem Leben und Treiben der Völker machen, welche nun schon mehrere Jahrtausende im Schoße der Erde ruhen, ohne die biblischen Darstellungen ihrer Zeitgenossen, welche uns der Verfasser aus seltenen Manuskripten und alten Gräbern vor Augen führt. An der Hand dieser Darstellung aber ist jeder in der Lage, verständnisinnig dem Verfasser auf seinen Streifungen zu folgen, die er, gestützt auf gründliche Originalstudien, umfassende Völkerkunde und auf Grundlage der besten wissenschaftlichen Werke des In- und Auslandes, in die graue Vorzeit unternimmt und die eine vorgeschriftene Cultur selbst bei Völkern zeigen, welche man bisher als culturlos zu betrachten geneigt war. Nicht mehr können wir Egypter und Chinesen als die ältesten Culturvölker betrachten, sie waren nur Fortbildner einer älteren Cultur, und auch sie treten uns nicht mehr als stagnierende Völker entgegen, wir treffen vielmehr ein an geistiger Bildung und materieller Wohlfahrt reiches Streben, welches in vieler Beziehung uns theils als warnendes Beispiel, theils als Muster dienen kann. Faulmanns Culturgeschichte ist eine ernste und beachtenswerte wissenschaftliche Arbeit, welche durch die populäre Darstellung des Verfassers nur an Bedeutung gewinnt. Die Verlags-handlung hat für eine splendide Ausstattung gesorgt; Papier, Druck, Farbentafeln und Facsimilebeilagen sind eines Prachtwerkes würdig.

Neueste Post.

Prag, 5. Dezember. Se. I. I. Hoheit der durchlauchtigste Kronprinz Erzherzog Rudolf reist morgen um 8 Uhr früh per Franz-Josef-Bahn zur Jagd nach Konopischt, der Domäne des Fürsten Franz Lobkowitz, und trifft am 8. Dezember um 5 Uhr nachmittags auf der Domäne des Fürsten Camill Rohan in Sichrov ein, woselbst am 9. d. M. eine große Jagd abgehalten wird.

Wien, 5. Dezember. Die „Wiener Zeitung“ publiziert das Protokoll der Centrale Commission für die Grundsteuerregulierung. (Wir werden dasselbe in einem möglichst ausführlichen Auszuge zum Abdruck bringen. Ann. d. Ned.)

Wien, 6. Dezember. Morgen feiert in Perchtoldsdorf in aller Stille der berühmte Anatom Hofrat Hyrtl seinen 70. Geburtstag. Das Wiener medicinische Doctoren-Collegium hat dem Jubilar zu

Ehren eine Medaille prägen lassen. Von allen Seiten langen Glückwunschkarten und Gratulationsbeschreiben ein. Die projectierten öffentlichen Ovationen mussten aber auf ausdrücklichen Wunsch des gelehrten Jubilars unterbleiben.

Triest, 6. Dezember. Heute fand die feierliche Grundsteinlegung des neuen Lloydgebäudes statt. Anwesend waren der Statthalter, Bürgermeister, die Präsidenten der Seebehörde und Handelskammer und Architekt Ferstel, der eigens zur Feier hierherkam. Nach Begrüßung des Statthalters durch den Lloydpräsidenten wurde die Urkunde verlesen und vom Statthalter und Podesta gefertigt. Sodann wurden die üblichen Hammerschläge durch den Statthalter und andere Honoratioren vorgenommen, wobei Architekt Ferstel das begonnene Werk der Ehre der Erbauer, der Freude der schönen Stadt Triest und dem Ruhme Österreichs widmete. Zum Schlusse sprach der Statthalter die Hoffnung aus, dass dieses Werk die Grundlage eines weiteren materiellen Gediehens der Gesellschaft bilden werde, und dass die Vorstände der Gesellschaft in Zukunft gleichen österreichischen Patriotismus und gleiche Liebe für die schöne Stadt Triest bekunden werden, wie die Gründer der Lloydgesellschaft und deren bisherige Vorstände. Mit einer kurzen Rede des Podesta schloss die Feier.

Rom, 5. Dezember. (N. Wr. Tagbl.) Im gestrigen Ministerrathe verweigerte Cairoli die Cabinets-modificationen. Die Generalsecretäre der Ministerien des Innern, der Justiz und der öffentlichen Arbeiten demissionierten.

London, 6. Dezember. „Daily News“ ist zur Mittheilung ermächtigt, dass Admiral Seymour, nachdem alle Mächte dem englischen Vorschlag beigetreten sind, wonach die vereinigte Flotte nach gegenseitiger Mittheilung ihrer respectiven Bestimmung sich zerstreuen sollte, den Befehl erhielt, das Signal zum Aufbruch zu geben. Die „Times“ erklären, die Demonstration sei auf förmlichen Vorschlag der englischen Regierung zum Abschluss gebracht worden. Wünsche Europa die vollständige Lösung der Orientfrage, so werde England nicht zurückstehen; allein es werde sich nur dann rühren, wenn andere Mächte vorgehen. England habe im Orient keine Souder-Interessen. Die „Times“ melden aus Philadelphia vom 5. d. M.: „In seiner Jahresbotschaft empfiehlt Präsident Hayes die Couvertierung der 6prozentigen und 5prozentigen Obligationen im Betrage von 672 Millionen Dollars in 3½ oder 3prozentige; ferner den Erlass strenger Gesetze zur Unterdrückung der Vielweiberei in Utah.“

Telegraphischer Wechselkurs

vom 6. Dezember.

Papier-Rente 72 55. — Silber-Rente 73 50. — Gold-Rente 87 05. — 1860er Staats-Anleben 131 25. — Banknoten 828. — Kreditactien 287 10. — London 117 65. — Silber — A. I. Münz-Ducaten 5 57. — 20-Franzen-Stücke 9 37. — 100-Reichsmark 58 —

Handel und Volkswirtschaftliches.

Berlauung.

Fürst Windisch-Grätz-Bose. Bei der am 1. d. M. in Wien vorgenommenen 44. Verlosung des Fürst Windisch-Grätz'schen Lotterie-Anlebens wurden im ganzen 1875 Nummern gezogen, hiervon fiel der Haupttreffer mit 20,000 fl. auf Nr. 20523 und der zweite Treffer mit 2000 fl. auf Nr. 34356; weiters gewannen je 1000 fl.: Nr. 19696 und 73993; je 500 fl.: Nr. 21019 und 75266; je 100 fl.: Nr. 9165 22370 41469 47923 54201 55625 74283 76498 und 97635; je 50 fl.: Nr. 14 2 2625 4186 14084 15097 23118 29697 49982 61433 71097 74796 und 1305; je 45 fl.: Nr. 8910 26310 36437 47532 57839 70729 84585 84818 87211 88652 92741 und 93498. Auf die übrigen gezogenen 1836 Nummern entfällt der Minimalgewinn.

Oesterreichisch-ungarische Bank. In der Zeit vom 23. bis 30. November haben sich in den Hauptgeschäftsstellen der österreichisch-ungarischen Bank folgende Veränderungen ergeben: Der Banknotenumlauf nahm um 1.478,060 fl. zu, die Giro-Guthaben

Curse an der Wiener Börse vom 4. Dezember 1880.

(Nach dem officiellen Cursblatte.)

	Geld	Ware		Geld	Ware		Geld	Ware		Geld	Ware		Geld	Ware
Bapierrente	72 50	72 65												
Silberrente	78 55	73 70												
Goldrente	87 05	87 20												
Bose, 1854	122 75	123 25												
1860	131 25	131 75												
1860 (zu 100 fl.)	183 50	134 —												
1864	172 75	173 50												
Ang. Brämen-Anl.	110 50	111 —												
Credit-L.	181 50	182 50												
Theiß-Regulierungs- und Sied- gederne L.ose	107 25	107 50												
Rudolfs-L.	18 —	18 50												
Brämenanl. der Stadt Wien	117 25	117 75												
Donau-Regulierungs-L.ose	113 25	113 75												
Domänen-Pfandbriefe	143 —	144 —												
Österr. Schäfcheine 1881 rüd- zahlbar	100 75	101 —												
Österr. Schäfcheine 1882 rüd- zahlbar	101 75	102 —												
Ungarische Goldrente	109 35	109 50												
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	125 25	125 75												
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativtitüde	124 80	125 30												
Unlehen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	101 75	102 25												
Grundentlastungs-Obligationen.														
Böhmen	104 50	—												
Niederösterreich	105 —	105 50												
Galizien	98 30	98 90												
Siebenbürgen	95 50	96 —												
Temeser Banat	95 50	96 25												
Ungarn	97 30	97 75												
Aktionen von Bahnen.														
Anglo-öster. Bank	124 —	124 50												
Creditanstalt	287 10	287 30												
Depositenbank	216 50	217 —												
Creditanstalt, ungar.	259 —	259 25												
Österreichisch-ungarische Bank	827 —	829 —												
Unionbank	112 70	113 —												
Verkehrsbank	136 —	136 50												
Wiener Bankverein	141 75	142 —												
Ulandbriefe.														
Allg. öst. Bodencreditanst. (i. Gd.)	116 75	117 —												
(i. B.-B.)	100 —	100 50												
Österreichisch-ungarische Bank	102 20	102 40												
Ung. Bodencredit-Inst. (B.-B.)	98 —	98 50												
Prioritäts-Obligationen.														
Elisabeth-B. 1. Em.	99 50	100 —												
Ferd.-Nordb. in Silber	105 —	105 50												
Krainische Grundentlastungs-Obligationen.														
Geld 101 — Ware 102 —														

verminderten sich um 3.593,296 fl., wogegen die anderen sofort fälligen Verbindlichkeiten eine Zunahme um 19,240 fl. aufweisen. Was die Bedeutung anbelangt, so verminderte sich der Metallschatz um 1.218,603 fl., wogegen das Devisen-Portefeuille um 1.262,071 fl. zugenommen hat. Der Escompte verminderte sich um 2.206,031 fl., der Lombard um 349,100 fl. Der Staatsnotenvorrath hat um 916,446 fl. zugenommen. Die Hypothekendarlehen haben sich um 584,252 fl. vermindert. Die Notenreserve beziffert sich auf 28,2 Millionen.

Laibach, 4. Dezember. Auf dem heutigen Mark